Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 351

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 13. August

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Deutschland — Rußland — Polen

Von

Dr. Carl Siegmar Schulze-Galéra.

I.

Die einzige positive Tat, die unsere unfähigen Politiker während vier schwerer, für uns siegreicher Kriegsjahre zu schaffen vermochten, war die Wiedererrichtung des polnischen Staates. Die Errichtung Polens ist eine Vergweiflungstat gewesen: Deutschland gab hierdurch seinem Erbfeind im Osten selbst die Waffen und die Macht in die Hand. Ganz abgesehen davon, daß Polen in seinem Streben, Großstaat zu werden, nicht Binnenstaat bleiben konnte, sondern ebenfalls sein Fensterchen nach dem Baltischen Meere hinausbrechen mußte und dabei natürlich absolut keine Rücksicht darauf nehmen würde, deutsches Gebiet zu zerreißen, und gar selbst zu annektieren, d. h. mit anderen Worten: die Weichsel und Danzig zu polonisieren — ganz abgesehen davon, war es der schwerste diplomatische Fehler, Deutschland von Rußland geographisch zu trennen durch das Dazwischenschieben eines feindlichen, zum mindesten nicht allzu freundlichen Pufferstaates. Deutschland hat nun einmal seinen Schwerpunkt im Osten, es ist eine osteuropäisch orientierte Macht. Das weite europäisch- und asiatisch-russische Hinterland, die Verbindung mit Japan, unabhängig von England, der für uns so wesentliche russische Markt — alles das sind Umstände, die von einer Bildung eines neuen Staates zwischen den beiden Reichen hätten abraten sollen. Aber man fügte zu dem im Jahre 1890 am deutschen Volke begangenen Verbrechen, der Kündigung des Rückversicherungsvertrages, ein neues, noch schwereres: Die ausdrückliche, in allen Formen Rechtens vollzogene Aufrichtung Polens. Weshalb? Weil Deutschland seit fünfundzwanzig Jahren überhaupt nicht mehr deutsche, sondern österreichische Politik treiben durfte. Wo Deutschland selbständig handelte, da war es die Politik der persönlichen Stimmungen und der augenblicklichen Gefühlsüberwallungen, die uns seit der Entlassung Bismarcks so herrlich weit gebracht hat. Trotz des Zickzack-Kurses verfolgte diese Politik im Osten mit merkwürdig logischer Konsequenz ihr Ziel, welches hieß: „Deutsches Reich und deutsches Volk, hinweg vom Osten, liefere dich dem Westen auf Gnade und Ungnade aus." Deutschland war 1916 auf dem besten Wege, der Politik Oesterreichs vom Jahre 1854 zu folgen. Oesterreich, das im 18. Jahrhundert seinen Schwerpunkt wider Preußen in das russische Bündnis verlegte, Oesterreich, das 1813 im Bunde mit dem Zarenreiche das Napoleonische Joch abschüttelte, Oesterreich, das ohne Paskewitschs Kosaken 1849 nicht Herr des magyarischen Aufstandes geworden wäre, dieses selbe Oesterreich wechselt fünf Jahre später den Kurs und setzt seine ganze Zukunft aufs Spiel; bloß um Rußland in der Türkei keinen Vorteil zu gestatten, wirft sich die Doppelmonarchie an den Ufern der Donau dem westeuropäischen Kettenfänger Napoleon in die Arme und stellt sein ganzes politisches System auf Kopf, indem es im Zarenreiche sich einen neuen Rivalen macht. Damals war es nicht zum wenigsten Bismarcks Verdienst, daß nicht die Wochenpartei unter dem Vorsitz Bethmann-Hollwegs schon damals Preußen zum Schleppenträger Oesterreichs, Frankreichs und Englands machte. Zweiundsechzig Jahre später erwachte der Nachfahre des liberalen Bethmann-Hollweg zum Ziel, durch die Errichtung Polens. Immerhin mußte man sich hierbei fragen, inwieweit Deutschland in Zukunft imstande sein würde, etwaige fremde Einflüsse in dem neuen Staate, die der deutschen Ostpolitik nicht zuträglich waren, ein für allemal auszuschalten. —

Für Oesterreich hatte das polnische Abenteuer hinsichtlich Rußlands nicht das gleiche Risiko wie für Deutschland. Für Deutschland war es ein Akt politischer Dummheit. Der Krieg zwischen Rußland und Deutschland durfte in Berlin, um mich so auszudrücken, moralisch nicht gleichbewertet werden mit dem französisch-deutschen, der die Todfeindschaft von Seiten der Gallier zur Grundlage hat. Der russisch-deutsche Krieg mußte stets nur als eine Begleiterscheinung des russisch-österreichischen, als ein vorübergehender Konflikt behandelt werden. Jede Unvorsichtigkeit diplomatischer Art mußte vermieden werden, besonders da einsichtigen Leuten klar war, daß wir nach der blutigen Auseinandersetzung mit den Westmächten im kommenden Frieden uns nun wesentlich enger an das Zarenreich anschließen mußten. Als die schlimmsten diplomatischen Mißgeburten der vergangenen Zeit können das junge Polen und der Friede von Brest-Litowsk bezeichnet werden. Es war klar, daß ein von Deutschland auf Rußlands Kosten gegründetes Polen kein besonders dauerndes Band zur Befestigung künftiger Freundschaft sein konnte. Man konnte sich einerseits sagen, daß die Großmächte, die vom Reiche der Jagiellonen träumen, mit den von Deutschland gesteckten Grenzen nicht zufrieden sein würden und sich nicht allein nach Westen, sondern besonders auch nach Osten zu auszudehnen bestreben müßten. Deutschland, das die bisher gebundenen polnischen Kräfte entbunden hatte, wäre dann immer von Rußland für alle Unbequemlichkeiten verantwortlich gemacht worden. Der Panslavismus vom Schlage der Ignatiew, Aksakow, Katkow, Danilewsky, deren Organ die Moskauer Zeitung war, hätte in Polen stets den verlorenen Sohn gesehen. Polen hätte schließlich für Rußland dieselbe Rolle gespielt wie Elsaß-Lothringen für Frankreich, und wir hätten dann nicht nur im Westen, sondern auch im Osten einen revanchelüsternen Feind gehabt, dessen wir uns schließlich nur durch freiwillige Aufgabe unseres Schützlings als selbständigen Staates hätten wieder entledigen können. Es ist klar, daß durch den neuen polnischen Staat sich Deutschland Fesseln angelegt hätte, die ihm in seiner Westpolitik hätten sehr hinderlich werden können, etwa wie zu Zeiten Friedrich Wilhelms II. Wie im Kriege, so ist auch in der Politik die Freiheit des Rückens eines jener Kardinalgesetze, das die deutschen Staatsmänner seit 1890 nicht immer zu befolgen verstanden.

Wie Bismarck über Polen und die polnische Frage dachte, zeigte er im fünfzehnten Kapitel seiner „Gedanken und Erinnerungen", in dem er die Abensleben'sche Konvention behandelt. Dort heißt es (I, 388):

„Deshalb hat der polnischen Frage gegenüber nicht die Schwierigkeiten, die für uns in der gegenseitigen Durchsetzung polnischer und deutscher Ansprüche in Posen und Westpreußen und in der Lage Ostpreußens mit der Frage einer Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit unlösbar verbunden sind. Unsere geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens nötigen uns, die Eröffnung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten, und ließen es auch 1863 ratsam erscheinen, die Eröffnung dieser Frage durch Rußland nicht zu fördern, sondern soviel wir konnten, zu verhüten. Es hat vor 1863 Zeiten gegeben, da man in Petersburg auf der Basis der Wielopolskischen Theorien *) den Großfürsten Konstantin mit seiner schönen Gemahlin als Vizekönig von Polen in Aussicht nahm — die Großfürstin trug damals polnisches Kostüm — möglicherweise unter Herstellung der polnischen Verfassung, die von Alexander I. gegeben, unter dem alten Großfürsten Konstantin in formaler Geltung war."

Die deutsche Polenpolitik während des Weltkrieges hätte also nach den Grundsätzen Bismarcks handeln sollen: Nicht aufrollen der ganzen Frage. Die Zeit, da Kabinette Staaten schufen, ist vorbei; das einmal frei gewordene Nationalbewußtsein der Polen hätte nicht Halt gemacht vor Kaiserlichen Dekreten aus Berlin und Petersburg; Deutschland und Rußland sind getrennt und an ihren Grenzen vollständig zerfetzt worden. Bethmann-Hollweg mußte wissen, daß ein Polen von Deutschlands Gnaden ein Ding der Unmöglichkeit sei. (Ein zweiter Artikel folgt.)

*) Graf Wielopolski, der das Haus Polens in einem engen Anschluß an Rußland und redete einer Politik der Verschmelzung das Wort; dieser Theorie entsprach die politische und nationale Selbständigkeit, die 1861 dem Lande in den Grenzen des sogenannten Kongreßpolen gewährt wurde.

Der englisch-französische Zwischenfall

Lloyd George wird bloßgestellt

Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung Lloyd George Kenntnis von dem Beschluß der Anerkennung Wrangels gegeben habe. Die Anerkennung General Wrangels bedeute, daß ihm jede mögliche materielle Hilfe gewährt werden müsse.

Die Rede von Lloyd George im englischen Unterhaus wird in hiesigen diplomatischen Kreisen als Beweis für die Meinungsverschiedenheiten im russisch-polnischen Konflikt zwischen England und Frankreich angesehen. Man glaubt auch aus den Nachrichten zu ersehen, daß die englische Regierung bereits davon Kenntnis hat, daß die Polen nicht geneigt seien, die russischen Friedensbedingungen, die übrigens nicht als Ultimatum gestellt werden, anzunehmen, und daß die Erklärungen von Lloyd George von diesem Gesichtspunkt aus abgegeben wurden. Nicht zuletzt stellt die Rede ein starkes Nachgeben gegenüber den Forderungen der englischen Arbeiterschaft dar. Frankreich habe durch die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel seinen Standpunkt plaziert. Man hofft am Quai d'Orsay, daß sie in Warschau eine gewisse Rückwirkung auslösen wird und wenigstens auf ein bedingungsloses Nachgeben der Polen gegenüber Sowjet-Rußland einwirken wird. Offiziöserseits inspiriert, drückt der „Temps" die Mißstimmung der Regierungskreise gegen die Haltung des britischen Kabinetts aus, indem er sagt, er bedauere, daß der englische Ministerpräsident nicht öffentlich Deutschland gewarnt habe, gegen die offizielle Absicht, die fest annektierte Provinz zurückzugewinnen. Der „Temps" meint, es sei Zeit, die Aufmerksamkeit auf diese Absichten zu lenken und auf die Folgen hinzuweisen, die für Deutschland aus solchen Versuchen hervorgehen könnten.

W. London, 12. August.

Maclean führte im Unterhause aus: Wenn die Pariser Meldung tatsächlich den Entschluß der französischen Regierung wiedergibt, so ist eine neue Lage entstanden und dann muß Frankreich den Weg allein weitergehen. Sodann fragte Maclean, ob es die Absicht der Regierung sei, das Haus morgen in die Sommerferien gehen zu lassen. Bonar Law erwiderte, daß es ursprünglich beabsichtigt war, jetzt jedoch halte die Regierung dafür, daß es besser sei wenn das Haus am Montag wieder zusammentritt. Er hoffe, daß die Lage bis dahin klarer geworden sei, so daß das Haus dann in die Sommerferien gehen könne.

W. London, 12. August.

Die Blätter erklären im allgemeinen die Pariser Meldung betreffend die Anerkennung des Generals Wrangel für unbegreiflich. „Daily Mail" spricht die Vermutung aus, daß waghalsige Beamte in Paris die Abwesenheit Millerands benutzt haben, um durch die Veröffentlichung dieser zweifellos amtlichen Mitteilung Sabotage zu treiben. „Daily Chronicle" hält es für das beste, abzuwarten, was für eine amtliche Aufklärung von Paris erfolgt.

w. Paris, 12. August.

Der „Matin" schreibt, niemals sei Millerand der Gedanke gekommen, daß einer der Ministerpräsidenten allein Polen einen Rat erteilen oder die Annahme irgend einer Bedingungen empfehlen könnte, ohne den anderen zu befragen. Nachdem die französische Regierung von den Nachrichten aus Warschau Kenntnis genommen, sei sie der Ansicht, die polnische Regierung werde energische Anstrengungen machen und die Tatsache, daß General Weygand der Oberbefehl angeboten worden sei, sei ein überzeugendes Symptom dafür. Deshalb glaubt man nicht, ein Recht zu haben, Polen zu sagen, die Alliierten gäben ihm den Rat, die Waffen unter unheilvollen Bedingungen niederzulegen.

„L'Oeuvre" schreibt: Der diplomatische Vertreter der Regierung Süd-Rußlands in Paris ist der ehemalige russische Botschafter in Rom Herr von Giers.

Der „Excelsior" veröffentlicht Erklärungen über die Absichten der Regierung des Generals Wrangel, die jedenfalls von Giers stammen. Darin wird gesagt, das Hauptziel, das die Regierung Süd-Rußlands verfolge, sei, dem russischen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen freien Willen über die anzunehmende Regierungsform zu äußern, Gleichheit und persönliche Unverletzlichkeit aller russischen Staatsbürger ohne Unterschied der Abstammung. Die Religion soll sichergestellt werden. Der Grund und Boden solle denen als Eigentum übertragen werden, die ihn bebauen. Ferner sollten die Interessen der Arbeiterklassen und der Handwerker gewahrt werden. Die Regierung Süd-Rußlands werde alle internationalen Verpflichtungen, die die ehemalige Regierung Rußlands gegenüber den auswärtigen Regierungen übernommen habe, anerkennen. Sie werde ferner die Verpflichtung übernehmen, die Schulden Rußlands zu bezahlen.

„Eine wichtige Mitteilung"

w. Paris, 12. August.

Die „Humanité" meldet aus London, die Mitglieder der russischen Mission in London Miljutin und Rothstein haben sich gestern an Bord eines englischen Torpedobootes nach Reval begeben, von wo sie im Flugzeuge nach Moskau weiter reisen. Sie seien Ueberbringer einer wichtigen Mitteilung von Kamenew an Lenin über die Haltung der Alliierten in der russisch-polnischen Frage.

Eine neue Entente-Konferenz?

w. London, 12. August.

Der „Morning Post" zufolge wurde der französische Geschäftsträger gestern Abend nach dem Foreign Office gebeten, wo er eine längere Unterredung mit Lord Curzon hatte. Das Blatt glaubt, in einigen Tagen werde eine neue Begegnung zwischen Millerand und Lloyd George, entweder in Boulogne oder in England stattfinden. Auf alle Fälle sei es fast sicher, daß Lloyd George am Montag im Unterhause eine Erklärung über die Streikfrage abgeben wird.

Wo bleiben die Polen?

w. Kopenhagen, 12. August.

Ritzaus Büro erfährt aus hiesiger russischer Quelle, der Vertreter des russischen Kommandos wartet seit dem 9. d. M. vergebens auf das Eintreffen der polnischen Delegation. Bei der polnischen Regierung ist durch drahtloses Telegramm angefragt worden, wann die polnischen Delegierten erwartet werden können.

Amerika wartet ab

w. Paris, 12. August.

Havas berichtet aus Washington vom 11. August, dort werde versichert, daß die amerikanische Regierung erst das Ergebnis der Verhandlungen in Minsk abwarten wolle, bevor sie die nötigen Schritte unternähme, um die in der Note an Italien gegebenen Versprechen bezüglich eines Eingreifens zur Erhaltung der polnischen Unabhängigkeit zu erfüllen. In diplomatischen Kreisen sehe man in der Tatsache, daß die Note an Italien gerichtet worden sei, ein Zeichen dafür, daß die amerikanische Regierung Italien vor jeder Anerkennung der Bolschewisten warnen wolle.

Weiter berichtet Havas aus Washington, Frankreich habe der amerikanischen Regierung den Entschluß, die Regierung des Generals Wrangel anzuerkennen noch nicht mitgeteilt, obwohl die amerikanische Regierung der Handlungsweise der französischen Regierung sympathisch gegenüberstehe. Amerika sei aber trotzdem nicht geneigt, irgendeine antibolschewistische Regierung in Rußland anzuerkennen, solange die Lage nicht klarer übersehen werden könne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008131-17/fragment/page=0001

Der Lohnabzug für die Einkommensteuer

Nach Anordnung des Reichsfinanzministeriums vom 21. Mai 1920 sollten die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Lohnabzug mit dem 25. Juni 1920 in Kraft treten. Ausführliche Vorschriften sollten darüber das Nähere ergeben. Diese Vorschriften erschienen im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 4. Juni 1920. Sie ergaben, daß ein Lohnabzug sowohl von den Barbezügen, wie von den Natural- und sonstigen Sachbezügen zu machen sei. Was aber nicht feststand, war, von wann an der Abzug gemacht werden sollte, ob für die Löhne und Gehälter am 1. Juni, 1. April oder 1. Januar 1920 ab oder gar für alle Zahlungen nach dem 25. Juni 1920, auch wenn sie eine Vergütung für Arbeitsleistungen in früheren Jahren darstellen. Solche Fälle kommen noch vor, man denke z. B. an Schiffsmannschaften, die während des Krieges in feindlichen oder neutralen Ländern zurückgehalten waren, wegen der Schiffsraumnot nicht zurückkommen konnten und ihre Gehalts- und Lohnbezüge nur zum Teil erhoben hatten. Eine Anfrage beim Landesfinanzamt ergab keine Klarheit. Das Landesfinanzamt konnte wohl auch von sich aus keine Entscheidung treffen, da die Ausführungsvorschriften von der Berliner Zentrale erlassen waren und eine offenbare Lücke aufwiesen. Erst um die Mitte des Monats Juli kam dann die Verfügung heraus, daß für den Steuerabzug nicht weiter als bis zum 1. Juni 1920 zurückgegriffen zu werden brauchte. Also etwa 14 Tage waren die Arbeitgeber darüber im unklaren gewesen, für welche Zeit der Abzug zu machen sei.

Doch damit nicht genug. Bei der Bestimmung des Steuerabzuges hatte man offenbar übersehen, daß die Mitberücksichtigung der Natural- und Sachbezüge nicht mit geregelt. Sollen diese jetzt zu den inzwischen bedeutend erhöhten Tagessätzen beim Steuerabzug mit berücksichtigt werden? Diese Frage bedarf dringend der Klärung.

Das Vorgehen der Regierung ist dem Außenstehenden nicht verständlich. Sechs Wochen vom 25. Juni 1920 an haben ihr zur Verfügung gestanden, um die erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Sie konnte nötigenfalls diese Frist noch verlängern. Trotzdem kommen die Bestimmungen teilweise erst wenige Tage vor ihrem Inkrafttreten, teilweise sogar nachher heraus, teilweise sind sie ungültig. Wenn dann die Betriebe nicht in der Lage sind, den Vorschriften gebührend nachzukommen, liegt es wahrlich nicht an ihnen.

Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft

W. Berlin, 12. August.

Der Reichsrat stimmte in seiner amtlichen Sitzung vom Donnerstag der Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln zu.

Zwei Ententenoten

Der Pariser „Temps" berichtet: Die militärische Ueberwachungskommission in Berlin stellt die ungewöhnten Ansammlungen von großen Truppenbeständen in Ostpreußen fest, so daß man diese Ansammlungen in Verbindung mit anderen russisch-freundlichen Maßnahmen Deutschlands bringt. Eine Note der Alliierten verlangt von Deutschland Aufklärung über den Grund zu diesen Ansammlungen und eine Zurückführung auf den normalen Stand.

Der Pariser „Temps" erfährt, daß auf Grund der Berliner Ueberwachungskommission in einer zweiten Note an Deutschland 19 Zwischenfälle von Uebergriffen der deutschen Eisenbahner gegen Ententetransporte durch Deutschland aufgeführt werden. Die deutsche Regierung werde aufgefordert, die schuldigen Eisenbahner zu bestrafen und die Art der verhängten Strafen innerhalb von 14 Tagen nach Paris zu melden.

Die Umgruppierung der russischen Armee

b. Königsberg, 12. August.

Die Lage auf dem Nordflügel hat sich seit gestern wenig verändert. Die Umgruppierung der russischen 3. und 4. Armee scheint noch nicht zu Ende zu sein. Dicht an der alten deutschen Grenze südlich Soldau hat gestern ein unbedeutendes Gefecht stattgefunden. Nördlich von Warschau rücken die Russen seit gestern wieder heftiger in Richtung Nowogeorgiewsk vor. Bei Pultusk hat ein stärkerer Kampf begonnen. Die dort noch fechtenden Truppen sind der Gefahr der Ueberflügelung stark ausgesetzt, da schon russische Verbände nordwestlich von Pultusk vorgestoßen sind. Die Kunst, den Gegner aus den Stellungen zu treiben, beherrscht der russische Generalstab jedenfalls ausgezeichnet, während die Polen ihre spärlichen Reserven ziemlich sinnlos an bedrohte Frontteile dirigieren, und z. B. einen Militärzug nach Mlawa schickten, als die Stadt schon von den Russen besetzt war. Nur durch Im-Stich-Lassen des Materials konnte sich die Mannschaft retten.

Nachrichten aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet besagen, daß sich eine stärkere Fluchtbewegung aus der Gegend von Soldau über die deutsche Grenze bemerkbar macht. Die polnischen Truppen, die bisher in der Gegend von Soldau standen, sind zum großen Teile nach Westen in der Richtung Strasburg (Westpreußen) abgezogen. Soldau selbst ist nur noch schwach besetzt.

Ferner wird gemeldet:

Die strategische Lage am russischen Nordflügel drängt notwendigerweise zu einer Besetzung des Korridors. Jede Stunde können die Kavalleriepatrouillen der 4. kaukasischen Division den Vormarsch auf der guten Chaussee, die von Mlawa nach Soldau führt, beginnen. Es macht sich eine Verwirrung in den polnischen Kommandoverhältnissen bemerkbar. Mit der Besetzung von Soldau fällt den Russen der Kreuzungspunkt der Bahn, die von Strasburg und Deutsch-Eylau nach Osten und Süden führt, in die Hand, und es ist kaum mit einer zahlenmäßig kräftigen Sicherung der Nordflanke in der Richtung Lübau und Bischofswerder zu rechnen. Hier schneidet die von Polen herüberkommende Bahn das Abstimmungsgebiet an. Bisher hat nur unmittelbar an der Grenze des früheren deutschen Gebietes ein unbedeutendes Gefecht der Vorposten stattgefunden. Eine artilleristisch schwache Beschießung der Bahnstation Narzym im polnischen Korridor halbwegs der Bahn Soldau—Mlawa wird gemeldet. Die Vorbereitung eines konzentrischen Angriffes auf Warschau ist in vollem Gange. Südlich Wegrowo marschieren die Russen gegen Kalusszyn, wo sie nur noch in einer Entfernung von fünf Kilometern von der Bahn stehen, die von Warschau nach Siedlce führt.

Trotzki ist in Bialystok angekommen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

Polnischer Frontbericht vom 11. August

An der Nordfront wiesen unsere Abteilungen starke Angriffe des Feindes, der um jeden Preis Pultusk nehmen will, ab. Besonders zeichnete sich hier unser 205. Freiwilligen-Regiment aus, das mehrere Male zu Bajonettangriffen übergegangen ist. Schwere Kämpfe sind auf den Abschnitten des Generals Celigowski im Gange, der jetzt den starken feindlichen Druck abzuhalten hat. Im Zwischenraume unserer Front keine ernsthaften Kämpfe. In der Südfront hat die Armee des Generals Bodcienny nach der schweren Niederlage ihre Abteilungen versichert und ist wieder in Tätigkeit getreten. Ihre vorderen Abteilungen streifen die Gegend von Radciechow und Cholopow ab. Unsere Gegenangriffe sind im Gange. Feindliche Abteilungen in der Gegend von Horodycze und Chodaczkow wurden blutig abgeschlagen. Ukrainische Abteilungen, die bis an die Strypa zurückgegangen waren, haben durch Gegenangriff ihre alten Stellungen wiedergenommen.

Keine Erhöhung des Personentarifs

Anderslautenden Meldungen gegenüber wird von einer Berliner Nachrichtenstelle mit aller Bestimmtheit versichert, daß eine Erhöhung des Personentarifes nicht in Aussicht genommen ist, da nach Ansicht der maßgebenden Stellen die jetzigen Tarife bereits bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gelangt sind. Ebenso ist eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife nicht beabsichtigt, sondern nur eine Erhöhung einzelner Tarifstellen, von der besonders Eisen und Stahl betroffen werden. Ferner ist beabsichtigt, die Abstufung der Abfertigungsgebühr, die bisher nach dem Grade der Entfernung erhoben wurde, zu beseitigen und durch eine Einheitsgebühr zu ersetzen. Schließlich soll noch vom 1. Oktober ab eine anderweitige Berechnungsart des Frachtgewichtes zur Einführung gelangen.

Ueber die Lage im Saargebiet

wird direkt aus Saarbrücken gemeldet: Bis gestern hat sich in der Streiklage im großen und ganzen nichts geändert. Die Führer der Arbeiter-Gewerkschaften suchen Verhandlungen zwischen der Regierungs-Kommission und der Hauptstreikleitung herbeizuführen. Der kommandierende General verdeutlichte einen Anschlag, wonach in Anbetracht der tadellosen Haltung der Bevölkerung des Saargebiets der Paßzwang aufgehoben und der Verkehr auf den Straßen bis nachts 12 Uhr freigegeben wird. Zeitungen können unter Vorzensur erscheinen.

Die Futterkrippe bei den Ortskrankenkassen. Man schreibt uns: „Treu, deutsch und pensionsberechtigt" — mit diesem Wort hat der Heidelberger Professor Adolf Weber in der Vorkriegszeit einmal auf einer Versammlung des Deutschen Vereins für Sozialpolitik unsere tüchtige Beamtenschaft (auf seine Weise) charakterisiert. Heute könnte man sagen: „parteigesinnungstüchtig und pensionsberechtigt" angesichts der Bestrebungen mancher Ortskrankenkassen, nicht nur ihren dauernd Angestellten, sondern auch den nebenamtlich Tätigen ein Ruhegehalt zu sichern — Bestrebungen, gegen die sogar der jetzige preußische Wohlfahrtsminister in einem Erlaß hat Stellung nehmen müssen. Man erfährt diese Erbärmlichkeiten aus einem Erlaß des Ministers vom 8. April d. J. Eine Ortskrankenkasse hatte in ihrer Dienstordnung auch solchen Angestellten Ruhegehalt zugebilligt, die nur nebenamtlich im Kassendienst tätig sind und das zuständige Oberversicherungsamt versagte der Dienstordnung die Genehmigung. Der Beschwerde der Ortskrankenkasse hat der Minister in dem erwähnten Erlaß keine Folge gegeben. „Dem Oberversicherungsamt ist darin beizustimmen, daß es nicht angängig ist, ein Ruhegehalt auch solchen Angestellten zuzubilligen, welche nur nebenamtlich im Kassendienst tätig sind und ebenso nicht für den Fall, daß der Angestellte ausscheidet, ohne dienstunfähig zu sein oder das 65. Lebensjahr vollendet zu haben."

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

47] Roman von Marie Diers.

„Die heet Line," sagte der Größte, ein etwa Achtjähriger. Teergott, dieses Gewusel von Flachsköpfen — und dieser Geruch! —

Geschmacklos vom guten Tien. Auf was der verfiel, seit er so wenig zu tun hatte!

„Nun schaff sie wieder weg, Tien. Da hättest du mich auch lieber schlafen lassen können."

„Du hast alle die Jahre genug schlafen können," sagte Tien. „Na, du — Line — guck mich mal an — bäbäbä —"

Dies alberne ewige Bäbäbä ging Minnie jetzt schon auf die Nerven.

„Warum hast du sie bloß hergeschleppt?" weinerte sie. „Sollte das ein Witz sein? Und ich dabei im Bett. Tu mir jetzt bloß den Gefallen und schaff sie wieder weg, ehe ich aufgestanden bin."

„Weg?" sagte Tien. „Du bist jawoll mall. Das fällt mir ja im Traum nicht ein. Steh nur auf, zieh dich an, du hast jetzt wenigstens was zu tun. Die behalten wir."

„Die be — — Tien, Tien, was ist mit dir? Bist du schon wieder bei Rossak gewesen? Aber in solchem Maße —"

„Beruhige dich", sagte Tien. „Ich war nicht bei Rossak und gehe nun auch nicht mehr hin, voraussichtlich. Ich bin hier unabkömmlich. Was, du — Linetrinetrall — bäbäbä — — Na, du, was machst denn du da unten, Daumenlutscher? Du, Minnie, ich glaube, der hat dir da einen kleinen See auf deinen Teppich gezaubert —"

„Ums Himmelswillen!" kreischte Minnie. „Else, Jette! klingle doch mal, Tien."

„Sag mal im Vertrauen, Otto, mein Sohn, macht dein kleiner Bruder bisweilen noch in die Stube?"

„Dat dauhn de annern ook noch," sagte der Flachskopf in großer Ruhe.

„Was? welche andern?" — Jetzt hielt Tien doch etwas entsetzt die zärtlich gehätschelte Line von sich ab.

„Tien — ich sage dir" — fing Minnie großartig an.

„Ach was, sage nicht, hilf lieber", sagte Tien unwirsch und setzte ihr mit einem Wupp das Lumpenbündelchen auf die rosaseidne Steppdecke. „Jetzt wird wirklich die Badewanne nötig, ich seh's ein. Aber das ist menschlich." Und die Wonne übermannte ihn schon wieder beim Anblick der weißblonden Wichtelschar. „Du, ich sage dir, das hat Wirtschaft gekostet, ehe ich die von dem Hennecke los hatte. Er meinte, ich verstünde das nicht, oder du verstündest es nicht, was weiß ich — oder es wäre nur eine Laune. Na! Jedenfalls, ich habe gesiegt. Der holt sich schon wieder wo anders was, und wenn's alte Weiber und Saufbeutel sind. Dem kommt's gar nicht drauf an. Aber wir haben nu mal erst unsre Jöhrenschar. Nun bekommt endlich das olle große Haus mal Leben und Sinn und Zweck. Die Mädchen können nachher mal tan und die große Gartenstube mit all dem Zubehör, den Mutter eingerichtet hat, wieder in Stand setzen. Die dämlichen Fremdensachen können dann raus. Jup heidi, was du —" Er faßte den kleinen Uebeltäter und Bodenkocker an das zausige weiße Haar, das ihm über die Ohren hing. „Wie heißt der Strolch, Otto?"

„Dat is uns' Hannes", sagte der.

„So. Na nu wollen wir uns die Geschichte mal ein bißchen einprägen. Also erst: Otto. Wer kommt dann?"

„Tien", sagte Minnie mit der größten und eisigsten Erhabenheit, die ihr unter diesen Umständen möglich war: „gib dir keine Mühe, lieber Tien. Hier habe ich doch auch wohl noch ein Wörtchen mitzusprechen. Also: aus diesem Unsinn wird nichts, rundweg nichts. Dies Bälgerpack wird von dem Kutscher wieder dahin befördert, wo du es hergeholt hast. Ich lasse dir manches gehen, Tien, was keine andre Frau so leicht täte, aber wenn es in die offenbare Verrücktheit ausläuft, in den hellsten Wahnsinn, der mir mein wohlgepflegtes Haus zu einem Armeleutspital machen will — da streike ich. Du magst dir da so eine weltfremde Idee in den Kopf gesetzt haben, angesteckt von den Sonderlingsschrullen des Pastors, aber verlange von mir nicht die Ausführung. Denn die ganze Last davon trägst doch nicht etwa du, sondern ich. Und wenn du's nur für einen Vormittag willst, ich tue es nicht."

„Larifari", sagte Tien. „Kommt, Kinder. Mama ist böse. Jetzt wird erst mal gebadet, dann ziehn wir vorläufig unsern Lumpendreck erst mal wieder an, bis Mama uns neue Hosen und Sachen besorgt hat. Dann wollen wir mal sehn, wer am schnellsten am großen Nußbaum in die Höhe kommt."

„Stoh up, du Dab", sagte die Vierjährige zu dem Hannes, der immer noch in seinem See saß und sich sichtlich darin im tiefsten Wohlbehagen fühlte.

Jetzt war im Doktorhaus wieder ein Ehekrieg im Gange, wie er selbst in der ersten bösen Zeit nicht so heftig getobt hatte. Damals hatte nur Tien geschrien und Minnie hatte geschwiegen, jetzt schrien sie beide.

Minnie war nämlich nicht so leicht klein zu kriegen, wie Tien in seiner Unschuld sich alles gedacht hatte. Und — sie war zu wichtig in diesem Getriebe. Er konnte hundertmal über ihren Kopf weg verfügen, seinen Willen durchdrücken, ihr vier Kinder ins Nest setzen und befehlen: Du bleibt ihr! — wenn sie nicht wollte, wenn sie sich weigerte, wenn sie die Sache einfach nicht annahm und nicht anerkannte, dann verblieb es ein ungetan Ding. Denn er konnte nicht schließlich Stunde für Stunde neben dem Grabbel sitzen, alles überwachen, sie beschützen, sie baden und reinhalten und füttern, ihr Futter kochen — — nein, nein, ohne gutwillige Beihilfe der Hausfrau war er einfach „ausgeschmissen".

Die Schreckenstat von Fräulein Pfeiffer ging in diesem großen Ehekampf fast völlig unter. Tien hatte schon ein paarmal vergessen, daß er zu ihr gehen mußte, und Minnie, die die Schonungsbedürftige nicht in ihre Nöte hineinziehen konnte, hatte unter all der Aufregung auch nicht viel daran gedacht, zu ihr zu gehen.

Tien aber hatte eigentlich alle gegen sich, wenigstens alle, die in Betracht kamen. Unter den ganz Fernstehenden freilich, die gleichsam die Sache sich nur aus der vergnüglichen Vogelschau betrachteten, waren viele, die es von ihm „nett" und „reizend", so recht „eigenartig" oder besser: „originell" fanden, die sogar etwas „Rührendes" darin sahen. Hier breitete sich schon leise wieder eine Bewegung zu seinen gunsten aus. Der Doktor Wackernagel mitsamt seiner Ehefrau, sie mochten so brav und bieder sein, wie immer, aber langweilig waren sie auch und hielten für eine Dauerwährung nicht recht vor.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008131-17/fragment/page=0002

Sitzung der Stadtverordneten

Oberbürgermeister Rive bleibt im Amt — Ein städtischer Verbraucherausschuß aus 4 Mitgliedern — Herrn Osterburgs „Erklärung" zu der Waffenverschiebung

Stadtv.-Vorsteher Hennig eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß eine Eingabe des Bundes zur Erhaltung und Förderung der deutschen Volkskraft mit, in der die Gewährung einer Unterhaltungskosten für die Säuglingsheime hinzuweisen wird, weil der von der Stadt bisher gewährte Zuschuß nicht ausreichend sei. Stadtrat Velthuysen erklärt, daß rd. 33 000 Mk. für dieses Jahr für das Säuglingsheim gezahlt worden seien.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und als Punkt 1 nochmals über

die Oberbürgermeisterfrage

beraten. Stadtv.-Vorsteher Hennig weist darauf hin, daß der Oberbürgermeister Dr. Rive gewährte Urlaub am 31. August zu Ende sei und es wünschenswert wäre, den Konflikt zu erledigen. Der Stadtv.-Vorsteher berichtet weiter, was in der Sache bisher geschehen ist. Der Oberbürgermeister beantragt, ihm 1. eine Entschädigung von 62 700 M. für Mehrarbeit, 2. Berechnung von 50 Proz. des etwaigen Verdienstes aus seiner Tätigkeit zu gewähren; sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so stellt er 2. den Antrag auf ⅔ des Gehalts des zuletzt amtierenden Oberbürgermeisters als Pension. Beide Anträge wurden von der Versammlung abgelehnt.

Stadtv.-Vorsteher Hennig gab zu der Angelegenheit noch folgende Erklärung ab:

Es haben lange und überaus schwierige Verhandlungen unter den Parteien wie auch mit dem Oberbürgermeister selbst stattgefunden. Manchmal schien es, als ob überhaupt eine Verständigung unmöglich sei, als ob am Ende nur noch das Eingreifen außerhalb der Stadtverwaltung stehender Instanzen oder Prozeßentscheidungen eine Lösung zu erreichen vermögen. Schließlich aber erwies sich, daß die durch Entwicklung und Gesetz für die Stadt gegebenen Tatsachen und Verpflichtungen so hart und unerfüllbar waren, daß die Verantwortung für ein gedeihliches Ausscheiden des Oberbürgermeisters nicht zu übernehmen war. Die Parteien links und rechts hielten an ihren Grundsätzen und ihrer bisherigen Taktik fest, doch war bei der Unausgeglichenheit Stärke beider Hälften der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit weder für eine Änderung des bestehenden Beschlusses zum Oberbürgermeister noch ein Vertrauensmann für ihn zu erzielen. So wird denn die endgültige Entscheidung bei der durch Gesetz zu bestimmenden Neuwahl aller Beigeordneten Magistratsmitglieder gefällt werden, die die Stadt bis zum Anfang nächsten Jahres erwarten dürfen.

Ich stelle fest, daß die Stadtverordnetenversammlung die von dem Herrn Oberbürgermeister gestellten Bedingungen einmütig abgelehnt hat. Weitere Vorschläge hat weder der Herr Oberbürgermeister noch die Stadtverordnetenversammlung zu machen; auch das stelle ich fest.

Da diese Entschlüsse auf beiden Seiten die endgültigen sind, so ergibt sich nunmehr die Folgerung, daß der Herr Oberbürgermeister seine Amtsführung wieder aufzunehmen hat.

Darauf gedenkt der Stadtv.-Vorsteher der Tätigkeit des Oberbürgermeisters Seydel als Stellvertreters des Oberbürgermeisters und spricht ihm namens der Versammlung herzlichen Dank aus. Sodann wird nach den Vorschlägen der Referenten, Stadtv. Hoß, das Gehalt des Oberbürgermeisters festgesetzt und hierfür das der Besoldungsklasse 13 bestimmt. Außerdem sollen an Amtszulagen 20 000 M. und an Aufwandsentschädigungen 5000 M. gewährt werden. Die Unabhängigen stimmten gegen das Gehalt. —

Ein Antrag, dem Stadtverordnetenvorsteher eine Aufwandsentschädigung von 400 M. monatlich zu gewähren, der sodann nach Beratung gelangte, wird angenommen, desgleichen der Antrag, dem derzeitigen Polizei-Direktor, Stadtrat Reinand, eine Entschädigung von 1150 Mark monatlich zukommen zu lassen, und zwar mit Wirkung vom 25. März d. J. ab. Die Vergütung als Stadtrat soll monatlich 400 M. kommt hierbei nicht in Anrechnung. — Die Ochsenbrücke an der Saale, die früher dem Gewerbeverließ diente, soll vom Fiskus an die Stadt abgetreten werden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, wenn die Brücke ohne Zahlung einer Entschädigung und frei von allen privatrechtlichen und öffentlichen Lasten übernommen wird.

Kleine Vorlagen.

Die Firma Gottfried Lindner, A.-G., beabsichtigt, auf ihrem Grundbesitz an der Halleschen Straße in Ammendorf Familienwohnhäuser zu errichten und beantragt den Anschluß der angrenzenden Straße an das Wasserrohrnetz. Gemäß §§ 1 und 4 des mit der Gemeinde Ammendorf abgeschlossenen Wasserliefervertrages ist die Stadtgemeinde Halle verpflichtet, den Wasseranschluß auf ihre Kosten herzustellen, sofern die zu erwartenden Einnahmen eine angemessene (5proz.) Verzinsung und Tilgung der aufzuwendenden Kosten in Aussicht stellen. Da die Gemeinde Ammendorf sich bereit erklärt hat, die Verzinsung und Amortisation der Baukosten zu übernehmen, steht der Ausführung des Anschlusses nichts im Wege. Die Kosten werden nach dem vorgelegten Kostenanschlage etwa 47 000 Mark betragen und wurden von der Versammlung bewilligt.

Der Magistrat hat beschlossen, die Stadtgemeinde an der Reichs-Treuhand-Aktiengesellschaft mit 10 000 Mark Aktienkapital zu beteiligen. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei mit der Bestimmung, daß das zu zeichnende Aktienkapital dem Substanzgelderfonds zu entnehmen ist.

Da an die Besitzer des Gewerbegerichts zu zahlende Entschädigung für Zeitversäumnis wird dahin neu geregelt, daß den Beteiligten in Zukunft für jede Sitzung 3,50 M. für die angefangene Stunde, jedoch höchstens 12 Mk., mindestens aber 2 Mk. gezahlt wird. — Stadtv. Dürrfeld (Reg.-Soz.) stellt den Antrag, daß auch für die Besitzer des Mieteinigungsamtes ähnliche Entschädigungssätze gezahlt werden und ersucht den Magistrat um eine entsprechende Vorlage. Der Antrag wird angenommen.

Versammlung beschließt: I. Die §§ 8 und 4 des Ortsstatuts über die Erstattung dienstlicher Reisekosten vom 1. Oktober 1907 erhalten folgende Fassung: § 3. Für Dienstreisen, welche nicht unter die §§ 1 und 2 fallen, werden folgende Vergütungen gewährt: 1. Tagegeld, 2. Uebernachtungszuschuß, 3. Fahrgeldzuschuß. a) Die Tagegelder betragen: 1. für die Mitglieder der städtischen Körperschaften und Verwaltungsdeputationen 40 Mk., 2. für die Beamten und Angestellten der Gruppen IX—XIII 35 Mk., 3. für die Beamten und Angestellten der Gruppen VI—VIII 30 Mk., 4. für die Beamten und Angestellten der Gruppen II—V 25 Mk. b) Der Uebernachtungszuschuß wird auf 20 Mk. festgesetzt. c) Der Ausgleichszuschuß berechnet sich gemäß § 12 der Besoldungsordnung für die Beamten und ständig Angestellten der Stadt Halle vom 20. Juli 1920 bestehenden Beträge. Er wird sowohl auf das Tagegeld als auch auf den Uebernachtungszuschuß gewährt. d) Für eine Dienstreise, welche die Dauer von 7 Stunden nicht überschreitet, ist die Hälfte der nach a) und b) zuständigen Sätze zu gewähren. 4. Bei Eisenbahnfahrten haben Anspruch auf die Benutzung: 1. der 2. Wagenklasse die in § 3 a) 1 und 2 genannten Personen, 2. der 3. Wagenklasse die übrigen Beamten und Angestellten. Abweichungen von der Vorschrift zu b) kann durch den Magistrat zugelassen werden. II. Die neuen Bezüge sind ab 1. August 1920 zu entrichten.

Bodenbewilligungen für das Gaswerk sowie das Paul Riebedstift werden ausgesprochen, desgleichen die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Alters- und Pflegeheim gutgeheißen. Gegen die Vorlage über Landerwerb an der Saalestraße zum Preise von 8 Mk. je Quadratmeter fand die Versammlung ebenfalls nichts einzuwenden.

Die U. S.-P. hatte den Antrag gestellt, den Mitgliedern des Stadttheaterorchesters eine später ratenweise zu berechnende einmalige Beihilfe von 800 Mk. zu gewähren. Stadtv. Borges (Dem.) als Berichterstatter des Haushaltsausschusses erklärte, daß dieser den Antrag abgelehnt habe. Die Notlage der betr. Angestellten wurde vom Haushaltsausschuß aber anerkannt, weshalb er empfehle, den Orchestermitgliedern, deren Einkommen 20 000 Mk. nicht übersteigt, eine monatliche Zulage von 100 Mk. zu bewilligen. Die Summe solle aus dem Theaterbetrieb herausgewirtschaftet werden, da Mittel hierfür nicht besonders zur Verfügung stehen. Die Magistratslage solle in Zukunft für den Theaterbesuch freigegeben werden. — Stadtbaurat Jost weist darauf hin, daß der Magistrat als Mitglied des Bühnenvereins die mit diesen getroffenen Abmachungen innezuhalten habe. Lokalabkommen dürften ohne Zustimmung des Hauptvorstandes des Bühnenvereins nicht getroffen werden. — Stadtv. Herold (Deutschn.) beantragt, in dem Antrage des Haushaltsausschusses anstatt 10 000 Mk. 9000 Mk. zu sagen, worauffhin die Vorlage zu Annahme gelangt.

Frau Stadtv. Krüger (U. S. P.) hatte an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß die auf Kosten der Stadt beerdigten Leichen nackend beerdigt würden, worauf Stadtrat Reinand die Antwort erteilte. Es sei Vorschrift, daß die Särge mit den Leichen aus öffentlichen Krankenhäusern auf den Friedhöfen nicht geöffnet werden dürfen. Allerdings seien auch anderweitige Klagen laut geworden, und es sei deshalb Vorsorge getroffen, daß zu Beschwerden zukünftig keine Veranlassung mehr vorliege.

Die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Pflegesatzes für die Wanderarbeitsstätte von 1,45 M. auf 2 M. wird auf Vorschlag des Haushaltsausschusses auf 3 M. heraufgesetzt. Bei dieser Gelegenheit erklärt Stadtrat Velthuysen, daß in dieser Angelegenheit eine grundlegende Aenderung demnächst erfolgen wird.

Zur Instandsetzung der Heizkesselanlage der Riebeck-Stiftung werden 35 000 M. aus dem Vermögen der genannten Stiftung bewilligt. Für gleiche Zwecke im Emilienheim 3400 M. aus den Kämmereiüberschüssen des Verwaltungsjahres 1918.

Der Bankier Ernst Haasengier hat dem zurzeit mit 25 000 Mark 3% landschaftlichen Zentral-Pfandbriefen ausgestatteten Vermögen der seit 1901 bzw. 1902 bestehenden Bankier Ernst Haasengier-Stiftung weitere 15 000 M. 3% Preußische Konsols hinzugefügt und dabei gleichzeitig verschiedene Wünsche hinsichtlich der Verwendung der Zinsen und der Verwaltung der Stiftung geäußert. Die wesentlichsten Aenderungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen bestehen darin, daß im Zukunft auch bedürftige junge Mädchen, welche sich für den kaufmännischen Beruf vorbereiten, unter den Voraussetzungen der neuen Satzung mit Unterstützungen bedacht werden sollen, daß für Banklehrlinge auch das Reifezeugnis der 1. Klasse einer Mittelschule genügen und endlich die Verteilung der Zinsen, welche bisher dem Stadtschulrat nach Anhörung der Schuldirektoren und Rektoren sowie des Vorsitzenden der Armendirektion oblag, durch ein aus vier Personen bestehendes Kuratorium nach Anhörung der vorgenannten Instanzen erfolgen soll. Der Vorlage wurde unter herzlichen Dankesworten an den Stifter zugestimmt.

Durch Gemeindebeschluß wurden für die Halleschen Künstler Notstandsarbeiten genehmigt. U. a. fand auch ein Wettbewerb für die Ausmalung der Aulen in der Talamtschule und Martinschule statt. Hierbei gingen die Maler Lude und Degenkolbe als Preisträger hervor. Diesen beiden Malern soll nunmehr die Ausführung der Arbeiten nach den vorgelegten Kostenanschlägen und Zeichnungen übertragen werden. Die entstehenden Kosten in Höhe von 34 600 M. werden aus Kap. XXIV, 14 bewilligt. Bei dieser Gelegenheit bittet Stadtv. Wilke (Mehrheitssog.), mit Rücksicht auf die am 30. August wieder beginnenden Quäkerspeisungen mit der Ausmalung der Aula in der Talamtschule bis zur Beendigung der Speisungen auszusetzen.

Eingaben des Siedlervereins Schönnewitz-Reideburg und der Kriegsbeschädigten der Siedelungskolonie Reideburg, die Wagen der Straßenbahnlinie 9 wieder bis zur Endstation Reideburg fahren zu lassen, werden auf Vorschlag des Verkehrsausschusses dem Magistrat überwiesen, der mit Rücksicht auf die hohen Kosten (116 000 M.), die die Verwirklichung dieses Projektes verursachen würden, mit den betr. Gemeinden unmittelbar in Verbindung treten soll.

Der Antrag der U. S. P., die auf den städtischen Friedhöfen ohne Pflege vorhandenen Grabstätten auf Kosten der Stadt einzuebnen und mit Gras zu bepflanzen, wird angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung kommen noch folgende Punkte zur Erledigung. Die Versammlung beschließt, die mit 4 M. zur Warenhaussteuer Veranlagten von der Steuer ganz freizulassen, die mit 8 M. Veranlagten nur mit 25 Proz. zu belegen.

Mittelbewilligung für den Verbraucherausschuß.

Zu diesem bereits in der letzten Sitzung vom Stadtv. Dürrfeld (Mehrheitssozialist) gestellten Antrag macht Stadtv. Dürrfeld den Vorschlag, in den Ausschuß, der stets dem Magistrat unterstellt bleiben soll, Personen zu senden, die von der Stadtverordnetenversammlung ernannt werden.

Stadtv. Minner (Dem.): Wir sind gegen diesen Ausschuß, da wir weder seinen praktischen Wert einsehen können, noch uns darüber klar sind, welche rechtlichen Funktionen er ausschließen soll. Die Bildung dieses Ausschusses würde dem Antrag gemäß der Stadt 90 000 M. jährlich verursachen. Dies ist mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage der Stadt unmöglich. Ich stelle vielmehr folgenden Antrag:

„Der Magistrat ist zu ermächtigen, drei Mitglieder des bisherigen Arbeiterrates in die Preisprüfungsstelle aufzunehmen. Auch soll diesen das Recht eingeräumt werden, sich auf eine vierte Person zu erweitern, die eventuell aus den Vorschlägen der Mehrheitssozialisten zu entnehmen wäre."

Stadtv. Finger (D. Vpt.) hält die Bildung eines derartigen Ausschusses aus rechtlichen Gründen nicht für zulässig, während sich Stadtv. Kürbs (U. S. P.) im allgemeinen mit dem Antrage Minner einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß dieser Ausschuß neben der Lebensmittelkontrolle auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und Kohlenbelieferung tätig sei. Nachdem Stadtv. Müller (Mehrheitssozialist) einen dahingehenden Erweiterungsantrag gestellt hat, wird der Antrag Minner in dieser Form angenommen.

Im Frühjahr hatte die Versammlung beschlossen, an Stelle der in den letzten Jahren ausgefallenen Jahrmärkte im Herbst einen mehrtägigen Jahrmarkt stattfinden zu lassen. Indessen kann die Militärverwaltung den üblichen Marktplatz an der Infanteriekaserne nicht zur Verfügung stellen. Der Verkehrsausschuß schlägt nunmehr vor, der Magistrat solle sich dieserhalb mit dem Reichswehrminister in Verbindung setzen und des weiteren geeignete Plätze — etwa an der Merseburger oder Delitzscher Straße — in Vorschlag zu bringen, damit der Jahrmarkt im Herbst unter allen Umständen abgehalten werden kann.

Die geheimnisvolle Waffenverschiebung auf einem städtischen Lastauto

gibt der demokratischen Fraktion Anlaß zu einer Anfrage an den Magistrat, Vorschriften zu erlassen bzw. Vorkehrungen zu treffen, daß sich ein derartiger Vorfall nicht wiederholen kann.

Hierzu führt Stadtv. Minner (Dem.) etwa folgendes aus: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verlangten vier unbekannte Männer in der städtischen Gasanstalt unter Vorzeigen eines Ausweises, der angeblich die Unterschrift des Stadtrats Osterburg trug, die Auslieferung eines städtischen Lastautos. Das Auto ist dann in der Nähe von Nietleben gefunden worden und ist anscheinend mit Waffen und Munition beladen gewesen. Wie ist es möglich, daß auf Grund eines Ausweises eines Magistratsmitgliedes ein Lastauto wildfremden Leuten ausgeliefert wird? Der Vorfall erinnert lebhaft an die Affäre des Hauptmanns von Köpenick. Ich bitte den Magistrat, Vorsorge zu treffen, daß ein derartiger Fall sich nicht wieder ereignen kann.

Stadtrat Osterburg: Ich habe hierzu zu erklären, daß das Auto zwar Eigentum der Ortskohlenstelle ist, aber nicht unter ihrer Verwahrung steht. Es ist vielmehr bei der Gasanstalt untergestellt. Daß die Aushändigung des Lastautos erfolgt ist, ist sehr bedauerlich und konnte nur geschehen, daß ein Nachtwächter in der städtischen Gasanstalt Dienst versah, der für diesen Posten anscheinend ungeeignet ist. Ich habe der Verwaltung der Gasanstalt erklärt: Nehmen Sie sich diesen Fall ad notam und stellen Sie auf diesen Posten geeignete Männer. Mir ist daraufhin erklärt worden, daß der betreffende Nachtwächter in Zukunft nicht auf seinem Posten verbleiben soll. Daß die Unterschrift gefälscht ist, brauche ich wohl nicht zu betonen. Die Gasanstalt hat auch bereits der Ortskohlenstelle ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

Stadtv. Minner (Dem.): Die Erklärung des Herrn Osterburg klärt wohl den Sachverhalt etwa auf, ändert aber nichts an der Tatsache. Ich habe den Eindruck, daß derartige Sachen nicht das erste Mal vorkommen und glaube, daß, wenn das Auto heil zurückgekommen wäre, die Oeffentlichkeit von dem Vorfall nichts erfahren hätte.

Stadtv. Kürbs (U. S. P.): Ich kann nicht begreifen, wie Herr Minner sich über den Vorfall wundern kann. Es sind früher öfter Benzolverschiebungen auf Militärautos vorgekommen. Im übrigen stehen wir auf dem Standpunkt, daß hier die „Orgesch" mit am Werke ist. — Stadtv. Bowitzki (U. S. P.) ergänzt im wesentlichen die Ausführungen des Vorredners und erklärt, daß seine Fraktion das allergrößte Interesse an einer Klärung der Angelegenheit habe. Die Arbeiterschaft habe keine Veranlassung, Waffen durch Autos zu verschieben, wohl aber wüßte sie, in wessen Besitz die Waffen sich befänden.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrags Minner. — Hierauf stellt die Presse ihre Tätigkeit ein.

Die Waffenverschiebung

Der Sachverhalt klärt sich.

Als die Unabhängigen ihre Waffenschiebung mit dem Lastkraftwagen der Städt. Gasanstalt entdeckt sahen, begann das „Volksblatt" darüber zu lachen und zu schimpfen. Es stellte den ganzen Vorgang als ein Machwerk von Spitzeln dar, die in Zusammenhang mit der Escherich-Organisation bereits seit langem in Halle ihr Wesen treiben sollen. Nun kann man aus dem Stil des „Volksblattes" entnehmen, ob die aufgedeckte Angelegenheit unangenehm, sehr unangenehm oder sogar peinlich für die beteiligen Kreise ist und da kann nach dem Ton angenommen werden, daß diese Angelegenheit zur jetzigen Zeit ganz und gar nicht gelegen kam. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, welche Rolle die Person des unabhängigen Stadtrats Osterburgs, dieses eingeschworenen Parteimanns, dabei spielt.

Inzwischen war, wie bereits berichtet, Regierungsrat Frische aus Merseburg in Halle anwesend, der die Untersuchung leitete. Sie hat ergeben, daß die Behauptungen der ersten Meldung in vollem Umfange sich bewahrheiten und daß führende Persönlichkeiten der U. S. P. in Halle in die Angelegenheit verwickelt sind, wenn nicht gar mehr.

In hiesigen bürgerlichen Kreisen hat das Bekanntwerden der Waffenverschiebung auf einem städtischen Kraftwagen berechtigtes Aufsehen erregt und man fragte verständlicherweise, ob wir denn diesen Herren von der U. S. P., die jetzt am Schicksal der Stadt mitraten, mehr jedoch — wie es scheint — mittaten — ganz und gar ausgeliefert werden sollen. Wenn so etwas möglich ist, wie der beregte Vorfall, dann mag es hinter den Kulissen noch schlimmer aussehen. Aus dieser Sorge heraus ist aus dem Hause bei der gestrigen Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage an den Magistrat gerichtet worden. Darauf gab Stadtrat Osterburg eine Erklärung ab, die aus der Verlegenheit heraus geboren war. Er sprach um die Sache herum, machte Ausflüchte und suchte sonderbarerweise die ganze Schuld auf den Nachtwächter des Gaswerks zu schieben, der das Auto nicht hätte herausgeben dürfen. Auch nicht auf eine Bescheinigung, die mit dem Osterburg unterzeichnet war? Darüber, so meinte der leidtragende Stadtrat, sei man doch nicht im Zweifel, daß es sich nur um eine gefälschte Unterschrift gehandelt haben kann ....

Spitzelarbeit schreibt das „Volksblatt"! Immerhin ist da folgender Vorfall doch bedenklich: Am Sonnabend vormittag kam der Führer des entwendeten Kraftwagens zu Stadtrat Osterburg, um von dem Diebstahl dienstlich Meldung zu erstatten, nachdem er bei der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht hatte, daß in der Nacht der Kraftwagen abhanden gekommen sei. Daraufhin ließ ihm Stadtrat Osterburg durch einen Sekretär der Ortskohlenstelle Vorhaltungen darüber machen, daß er den Diebstahl bereits der Kriminalpolizei gemeldet habe. Stadtrat Osterburg begab sich sofort persönlich zur Kriminalpolizei, wo ein Kriminalbeamter gerade dabei war, die dienstliche Meldung des Diebstahls abzufassen. Stadtrat Osterburg sah dies und bedeutete dem Beamten, daß die Anzeige unterbleiben kann, die Sache sei schon erledigt. Er veranlaßte den Beamten, die Meldung zu unterlassen. Das sind sonderbare Zusammenhänge, die hoffentlich auch bald geklärt werden. Bislang hat die Polizei noch nicht für nötig befunden, über den Stand der Angelegenheit zu berichten, obgleich man damit weite Kreise des Bürgertums beruhigen würde.

Familien-Nachrichten

Geburten. Otto Harnisch (Sohn). — Willi Jahn (Tochter). — Rudolf Lemser (Sohn).

Verlobung. Alma Bieritz und Wilhelm Neumann.

Vermählung. Dr. med. Peiser und Marta Prater.

Todesfälle. Am 12. August Karl Ulrich im 63. Lebensjahr. — Am 10. August Emma May geb. Bötger. — Am 11. August Wilhelmine Heinrich geb. Paatsch im 71. Lebensjahr. — Am 10. August Marta Schäffner geb. Hoffmann im 44. Lebensjahr. — Am 9. August Klärchen Reichstein im 12. Lebensjahr. — Am 12. August Albrecht Hellmich im 1. Lebensjahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008131-17/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

(Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet)

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Im Gegensatz zu der lebhaftesten Kauftätigkeit an den großen Börsen trug der rheinisch-westfälische Wertpapiermarkt in der abgelaufenen Woche ein lustloses Gepräge. Die unerklärte außenpolitische Lage mahnte zur Zurückhaltung, und die nicht verstummen wollenden Sozialisierungsforderungen der Bergarbeiterschaft blieben nicht ohne Einfluß auf die Stimmung des Marktes. Am Kohlenkuxenmarkt trat stärkeres Entlastungsbedürfnis hervor und nur in einzelnen Werten, bei denen Berichte von Angleiherungen Anregung boten, konnten sich lebhaftere Geschäftstätigkeit und höhere Preise durchsetzen. Schwere Werte lagen fast sämtlich im Angebot und weisen erhebliche Rückgänge auf. Eine Ausnahme hiervon machten Lothringer und Graf Schwerin, die vorübergehend um etwa 5000 M. hinaufschnellten, jedoch einen Teil der Steigerung wieder hergaben. Lebhafter gekauft wurden ferner Fröhliche Morgensonne, Langenbrahm und Johann Deimelsberg, die jedoch gleichfalls ihre Höchstkurse nicht aufrechterhalten konnten. Von sonstigen Werten zeigte sich Kaufluft für Glückauffegen, die etwa 1500 M. gewannen. In großen Mengen wurden Gottessegen zu schwankenden Preisen aus dem Markt genommen. Von linksrheinischen Werten wurden Diergardt vielfach gekauft und zogen etwa 2000 M. an, dagegen büßten Mörs etwa 700 M. ein. — Am Braunkohlenmarkt war das Angebot williger. In großen Posten wurden Zukunft-Aktien gekauft, während sich mäßige Umsätze zu letzten Preisen in den übrigen Werten dieses Marktgebietes entwickelten. Am Kalimarkte war die Kursbewegung bei bescheidenen Umsätzen nur geringfügig. Das an den Markt gelangende Material fand jedoch schlanke Aufnahme. Glückauf-Sondershausen und Neustaßfurt wurden mehrfach gekauft, während Wintershall und Burbach billiger zum Verkauf gestellt wurden. Von mittleren Werten zeigte sich mehrfach Kaufluft für Bergmannssegen, Hugo, Hohenfels, Volkenroda, Hansa Silberberg, Felsenfest und Hüpstedt. Zu anziehenden Preisen waren Johannashall, Herfa und Neurode im Verkehr. Die Werte des Aschersleben-Konzerns Badischbrosk, Mariaglück, Ransbach und Heimboldshausen, für die zeitweilig größeres Interesse hervortrat, blieben schließlich billiger erhältlich. Die Werte der Gumpel-Gruppe lagen mangels Anregung unverändert. Für elsässische Werte ergaben sich keine besonderen Veränderungen. Am Kaliaktienmarkte waren Ronnenberg, Sigmundshall und Hallesche Kali zu letzten Preisen im Verkehr, während Adler auf die bevorstehende Ausübung des Bezugsrechts hin etwa 15 Prozent höher bezahlt wurden. Zu erwähnen sind noch größere Umsätze in genießen nicht notierten Aktien, wie Stahlwerk Becker, Flender Brückenbau, Kabelwerke Rheydt, Deutsche Maschinenfabrik und Uerdinger Waggonfabrik, die durchgehends Kursbesserungen davontrugen.

Zur Lage im Glauchau-Meeraner Industriebezirk schreibt man der „Leipziger Wochenschrift für Textil-Industrie": Die neuen Verkaufs- und Lieferungsbedingungen des Verbandes sächs.-thür. Webereien, E. V., Greiz, die satzungsgemäß auch für die Mitglieder der Vereinigten Webereien Meerane-Glauchau, E. V., Meerane in Betracht kommen, sind unterm 26. Juli in Kraft getreten. Sie haben, wie vorauszusehen war, eine gewisse Milderung gebracht. Insbesondere kommt bei diesen neuen Bedingungen das ½ Anzahlung vollständig in Wegfall. Gerade dieser Punkt hat bei der früheren Bedingung viel böses Blut unter den Abnehmerkreisen gemacht. Auch bezüglich des Zieles ist insofern eine Milderung eingetreten, als die Rechnungen nicht mehr innerhalb 14 Tagen vom Tage der Ausstellung an zu begahlen sind, sondern nach ungefähr 30 Tagen. Diese Bedingungen sind allerdings nur für neue Bestellungen, die nach dem 26. Juli erteilt werden sind, maßgebend. Für zurückliegende, alte Aufträge bleiben die bisherigen Konditionen in Kraft. Hoffentlich trogen die neuen Verkaufs- und Lieferungsbedingungen dazu bei, das Geschäft recht bald zu beleben. Aufträge werden jetzt dringend notwendig gebraucht, wenn die an und für sich schon bestehende große Beschäftigungslosigkeit nicht noch größere Dimensionen annehmen soll. Die Beschäftigungslosigkeit hatte aber anscheinend mit Ende Juli ihren Tiefstand erreicht. Hier und dort machen sich Anzeichen bemerkbar, daß die Kundschaft wieder anfängt, aus ihrer Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen herauszugehen. Außerdem waren in den letzten Wochen die ersten Einkäufer hier anwesend, die teils Lagerware kauften, teils Erstlingsorders zur späteren Lieferung erteilten. Die Situation hinsichtlich der Preisfrage hat sich aber gegen früher ganz erheblich geändert. Bis März d. J. fragte man nicht nach Preis, sondern nur nach Ware, aber heute fragt man zuerst nach Preis und dann nach Ware. Mag das vielleicht auch nur eine vorübergehende Erscheinung sein, so ist als feststehend anzusehen, daß die Käufer diesmal mit besonders großer Vorsicht ihren Bedarf decken. Die übertrieben hohen Preise, wie sie auf den Markt gekommen sind, werden aller Wahrscheinlichkeit nach für die neue Saison nicht wieder auftauchen. Man ist allseitig bemüht, eine Senkung der Warenpreise herbeizuführen! Allerdings muß sowohl der Fabrikant als auch der Grossist und Detaillist Opfer bringen. Die Senkung der Preise muß nach und nach vor sich gehen. Zur Wiederbelebung des Geschäftsganges und zur Gesundung der gesamten Textilindustrie ist es ein Gebot der Stunde, daß sowohl Erzeuger, als auch Verbraucher Preislagen schaffen, die den jetzigen Verhältnissen im wirtschaftlichen Leben entsprechen. Die Geschäftsstelle der Sächs.-Thür. Färbereien, G. m. b. H., Greiz, gibt durch Rundschreiben bekannt, daß sie — obwohl von den Farben- und Chemischen Fabriken eine Ermäßigung der Preise wegen weiteren Steigens der Rohmaterialien und Kohlenpreise sowie der Arbeitslöhne abgelehnt wird — in Uebereinstimmung mit der Konvention der Vereinigten Garnfärbereien und Appreturanstalten Meerane-Glauchau und Umgegend mit Wirkung vom 1. August den bisherigen Teuerungszuschlag für Buntappretur von 450 Proz. auf 350 Proz. ermäßigen, um zur Belebung des Geschäftsganges beizutragen. Ebenso haben die Vereinigten Garnfärbereien und Appreturanstalten Meerane-Glauchau und Umgegend, G. m. b. H., Meerane, den Teuerungszuschlag für die Färberei von 450 Proz. auf 400 Proz. ermäßigt, ebenfalls mit Wirkung ab 1. August dieses Jahres.

Der voraussichtliche Rückgang der Eisenerzeugung. In einem in der Spa-Sondernummer der „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrrevier", dem offiziellen Organ der Handelskammern des Ruhrkohlenbezirks, erschienenen Artikel weist A. Heinrichsbauer darauf hin, daß unsere Industrien mit ihren kostspieligen Anlagen in Zukunft durchschnittlich höchstens mit 40—50 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden können, das heißt, daß im solchen Maße auch die Produktion hinter dem eigentlichen erreichbaren Stande zurückbleiben würde. Wenn wir auf Grund der Leistungsmöglichkeit unserer Eisen erzeugenden Betriebe theoretisch in der Lage gewesen wären, in diesem Jahre 16 Millionen Tonnen Roheisen zu erzeugen, dann würde in der Praxis infolge des Kohlenmangels die Erzeugung höchstens 7—8 Millionen Tonnen betragen. Schon jetzt fange auf die Eisenindustrie das Abkommen von Spa seine Rückwirkungen auszuüben an, da diese sich bereits in weitgehendem Umfange zu Betriebseinschränkungen bzw. Betriebsstillegungen habe entschließen müssen. Da sich die Entente den Anspruch auf Lieferung besonderer Sorten Kohlen vorbehalten habe, könnte die volle Rückwirkung auf die Roheisenerzeugung jetzt noch nicht einmal ganz übersehen werden. Jedenfalls sei ein weitgehender Pessimismus angebracht.

Geschäftsstille im Berliner Eisenhandel. Zur Lage im Berliner Eisenhandel wird berichtet, daß das Geschäft aufs äußerste zusammengeschrumpft ist. Die Nachfrage aus Kreisen der Verbraucher ist ganz gering, weil man hofft, noch billiger einzukaufen. Diese Erwartung dürfte nur eintreffen, wenn der Eisenwirtschaftsbund, der die Preise bis Ende Oktober festgesetzt hat, seinen weiteren Preisabbau vornimmt, was allerdings heute noch nicht zu übersehen ist. Für den Herbst erwartet man eine Belebung des Eisenhandelsgeschäfts.

Steinkohlengewinnung im Saarbezirk in der Zeit vom Januar bis Mai 1920. Die Zeitschrift „Glückauf" ist in der Lage, die monatlichen Gewinnergebnisse der Gruben des Saarreviers zu veröffentlichen. Nach ihrer Zusammenstellung wurden gefördert:

(in Tonnen)	Januar	Februar	März	April	Mai
Davon entfielen:					
auf den Verkauf	625 922	611 692	691 202	619 237	597 171
auf d. Selbstverbrauch	83 076	73 119	76 628	70 948	67 698
auf d. Kokserzeugung	18 224	18 292	20 141	19 099	18 571

Die Förderung bewegte sich demnach in 1920 zwischen 710 000 und 840 000 Tonnen im Monat, die Kokserzeugung zwischen 18 200 und 20 100 Tonnen. Der Selbstverbrauch belief sich auf 9,12 bis 11,42 Proz. der Förderung.

Die Arbeiterzahl stellte sich, wie folgt:

Januar	Februar	März	April	Mai
68 778	65 244	66 381	67 545	68 626

Daraus ergibt sich, daß die Belegschaft sich im Laufe der ersten fünf Monate stark vermehrt hat, wogegen die Leistung des einzelnen Arbeiters in der Schicht nicht unwesentlich zurückgegangen ist. Während sie nämlich im Februar d. J. noch 501 Kilogramm pro Arbeiter betrug, stellt sie sich im Mai d. J. nur noch auf 474 Kilogramm.

★ **Abänderung des Ausfuhrabgabentarifs.** In Nr. 177 des „Reichsanzeigers" werden neuerliche Aenderungen bekanntgegeben, die sich auf aus Holz und Rohr hergestellte Waren, wie Fässer und Korbflechtereiwaren, beziehen.

Die erste Stromproisermäßigung in Deutschland. Die Hauptversammlung des Großkraftwerkes Franken A.-G. in Nürnberg setzte die Dividende auf 5 Prozent fest. Infolge des eingetretenen Preisabschlages für Braunkohle beschloß die Gesellschaft, ab 1. August den Stromprois etwas zu senken.

Berliner Börsenberichte

Devisen-Notierungen: Berlin, 12. August

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotrdd.	1501,—	1504,—	New-York	45,70	45,80
Brüss.-Antwerp.	357,15	357,85	Paris	334,65	335,35
Christiania	681,80	683,20	Schweiz	764,30	765,80
Kopenhagen	684,70	685,70	Spanien	694,30	695,70
Stockholm	943,05	944,95	Wien (altes)	22,72	22,78
Helsingfors	145,85	146,50	Oesterr. abgest.	23,17	23,23
Italien	230,65	231,15	Prag	80,90	81,10
London	167,05	167,45	Budapest	22,27	22,33

Hafernotierungen:

Berlin, 12. August. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen — loko ab Station 2935 Mark, sofortige Abladung ab Abladestationen 2500—2600 Mark. Tendenz: fester.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	284.—
4½ % Deutsche Schatzscheine VI—IX	76.50	Deutsche Erdöl	202.25
5 % Deutsche Reichsanl.	79.60	Deutsche Gasglühl.	480.—
4 „ „ „	68.40	Deutsche Kali	402.—
3½ „ „ „	56.00	Deutsche Wafk. u. Man	384.—
3 „ „ „	60.50	Donnersmarkhütte	432.—
4 Preuss. Konsols	66,60	Döring u. Lehrmann	153.—
3½ „ „	56,00	Dürkoppwerke	463.—
3 „ „	54,10	Elberfelder Farben	386.25
4 Charl. Stadtanl. 89/99	93 —	Engelhard Brauerei	253.50
3 Magdeb Stadtanl. 01/06	91.40	Felten u. Guilleaume	455.50
4½ % Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	100.50	Gasmotoren Deutz	196.—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	91.50	Gebhardt u. Co.	412.—
3 „ „ „	—.—	Gebhardt u. König	250.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96.20	Gelsenkirch. Bergw.	267.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	98.60	Glanziger Zuckerfbr.	460.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	98.60	Hallesche Masch.-Fabr.	502.—
4 „ „ „	93.70	Haun. Masch.	340 —
Ausländ. Werte		Harpener Berg	375.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	23.50	Hasper Eisen	575.—
4 Ungar. Gold-Rente	22.—	Hirsch Kupfer	271.—
4 Ungar. Kronen-Rente	27.25	Höchster Farbw.	400.—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	425.—
Halberstadt-Blankenb.	71.50	Hohenlohe-Werke	228.50
Halle-Hettstedter	—.—	Humboldt-Masch.	165.25
Schantungbahn	700.—	Ilse-Bergbau	409.—
Allg. Lokal-Str	56.60	Kahla-Porzellan	403.—
Gr. Berl. Str.	129 —	Kaliw. Aschersleben	328.—
Magdeburger Str.-B.	147.—	Korbiad. Zucker-Akt.	—.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	420.—	Kyffhäuserhütte	194.—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	188.75
Hambg. Paketfahrt	176,½	Lauchhammer	350.—
Hambg.-Südamerika	233.25	Laurahütte	350,—
Hansa-Dampfschiff	269,50	Lingel. Erfurt	232,—
Nordd. Lloyd	168.75	Linke u. Hofmann	300.—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	283,—
Bank für Thür.	159.75	Lothringer Hütte	310.—
Berl. Handelsges.	206.—	Mannesmannröhren	398.—
Comm u. Diskontobank	160.—	Maschinenfabr. Buckau	225,50
Darmstädter Bank	142.25	Oberschl. Eisenb.-Bed.	237.—
Dess. Landesbank	227.—	do. Caro Heg.	277,50
Deutsche Bank	265,75	do. Kokswerke	336.—
Diskonto-Comm.	194,75	Orenstein u. Koppel	277 —
Dresdner Bank	161.25	Phönix-Bergb.	439,—
Credit-Anst. Leipzig	152.25	Rhein. Metall-Verz.	281,—
Mitteld. Kreditbank	140.75	Rhein. Stahlwerke	379,—
Privat-Bank	153.50	Riebeck. Montan.	358,—
Nationalbank	148.—	Rombacher Hütten	287,75
Oesterr. Kredit	81,—	Rositzer Braunk.	390,25
Reichsbank	147,½	Rositzer Zucker	284 75
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	417,—
Schultheiss-Brauerei	240.—	Hugo Schneider u. Co.	240.—
Akt. f. Anilin	355,—	Schuckert u. Co.	201.75
Allgem. Elektr.-Ges.	288,—	Siemens u. Halske	234.75
Amme, Giesecke u. Konegen	255,—	Stettiner Chamotte	3.950
Anhalter Kohlenw.	292,—	Stettiner Vulkan	246.—
Annaburger Steingut	373,—	Stollberger Zinkh.	276,—
Badische Anilin	450.25	Strals. Spielkarten	360.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	226.75	„Terra", Samen-A.-G.	346.—
Berl. Masch.-Bau	242.—	Thale-Eisenhütte	496,—
Bismarckhütte	668.—	Triptis-Akt.-Ges.	244,—
Bochumer Gußstahl	434,—	Türkische Tabakregie	775,—
Chem. Fabrik Buckau	372,—	Ver. Köln-Rottweiler	290.—
Chem. Griesheim	239.75	Glanzstoff Elberf.	1265.
Chem. v. Heyden	231.50	Wegelin u. Hübner	168.—
Consolidation Schalke	695,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	330.—
Crölwitzer Papierfabr.	232.50	Westeregeln-Alkali	668,—
Daimler-Motoren	212,—	Wittener Gußstahl	780.—
Deutsch-Luxemburg	298,—	Wrede-Mälzerei	142.50
		Zeitzer Masch.	517,—
		Zellstoff Waldhof	349.50
		Otavi-Minen	779,—

Tendenz: fest.

Börsenstimmungsbild. Da die Lage im Osten hinsichtlich einer Verständigung Ruhlands mit den West-Staaten wegen Polen in finanziellen Kreisen, im Auslande und auch hier als Anfang beurteilt zu werden scheint, trat heute hier eine nicht unwesentliche Abschwächung der ausländischen Devisenpreise ein. Im Zusammenhang damit ist das Interesse für Valuta- und Kolonialpapiere erlahmt, deren Kurse durchweg bis 10 Prozent nachgaben, so Schantungbahn, Neu-Guinea. Auch Petroleumwerte hatten heute bei leineren Schwankungen stillen Verkehr. Deutsch-Petroleum 1250 — 1185 — 1200, Erdöl 2100 — 2075. Ungeschmälert aber erhielt sich die Kauflust für Montanwerte, von denen Bismarckhütte, Bochumer Gußstahl, Buderus, Harpener, Phönix und Thale um 10 bis teilweise 25 Prozent zogen, mit Ausnahme der mäßig schwächerliegenden Hohenlohe-Werke. Nach stillem Verkehr hatten wieder Schiffahrts-, Chemische, Elektrische, Kali- und Bankwerte bei im allgemeinen unwesentlichen Kursveränderungen. Heimische Rentenwerte unterlagen nur ganz geringfügigen Kursabweichungen.

Produktenbericht. Bei etwas lebhafteren Umsätzen konnten sich die Preise am Hafermarkt zunächst etwas befestigen. Im Oelsaaten ist die Stimmung besonders außerhalb fest geblieben. Das Angebot darin blieb knapp. Große Nachfrage zeigte sich für Futterstoffe aller Art, ebenso für Erbsen und Ackerbohnen. Es wird zurzeit nur in besonders guter Beschaffung, Stroh auch mit spätere Lieferung verlangt. Weiter regnerisch.

Provinz Sachsen

△ **Weimar, 12. August.** (Zur thüringischen Handelskammerfrage) hat die Handelskammer für Sachsen-Weimar in ihrer gestrigen Hauptversammlung hier nach langerer Aussprache folgende bemerkenswerte Entschließung gefaßt: „Nach dem Zusammenschluß der thüringischen Staaten zu einer einheitsstaate wird auch der Neuordnung des thüringischen Handelskammerwesens nähergetreten werden müssen. In Uebereinstimmung mit dem am Mai 1919 zu Erfurt abgehaltenen Konvention von Vertretern thüringischer Handelskammern hält die Handelskammer die Zusammenlegung der der thüringischen Handelskammern zu einer einzigen für die zweckmäßigste und vorteilhafteste Lösung der Frage, gegebenenfalls unter Beibehaltung der bestehenden Handelskammern als Zweigstellen der gemeinsamen Handelskammer für eine länger zu bemessende Uebergangszeit. Mit aller Entschiedenheit muß sich die Handelskammer dagegen verwahren, daß Teile ihres bisherigen Bezirks zur Vergrößerung der Bezirke kleinerer Kammern von ihr abgezweigt werden." Wie weiter mitgeteilt wurde, ist Weimar als Sitz der thüringischen Handelskammer seitens des größten Teils der Interessenten, sowie des Staatsrates in Aussicht genommen, und zwar im Hinblick auf seine zentrale Lage, wie die Tatsache, daß sich hier die mit der Kammer Hand in Hand arbeitende Regierung von Thüringen befindet.

„H.Z." Sportberichte

— **Die deutschen Leichtathletik-Meisterschaften.** Mit der großen Zahl von fast 300 Nennungen sind in diesem Jahre die deutschen Leichtathletik-Meisterschaften ausgestaltet, und da heute Können der Gemeldeten der Zahl der Meldungen an nicht nachsteht, dürfte es am Sonnabend und Sonntag auf der schönen Bahn des Dresdener Sportklub zu selten spannenden Kämpfen kommen. Wie schon gemeldet, sind mit geringen Ausnahmen die Besten des Reiches vollzählich vertreten. Ueber 100 und 200 Meter ist Altmeister Rau dann zu schlagen. Unter der großen Bewerberschar der 400 Meter ragt neben dem Verteidiger Lebes-München dessen Landsmann Halt sowie Dürrer-Chart. hervor. Ueber 800 Meter dürfte Meißner-Merseburg, Amberger-Karlsruhe ein Bezwinger erstehen; während über 1500 Meter der Düsseldorfer Bedarff kaum zu schlagen ist. Dieser geht auch auf die 5000 Meter-Strecke, wo der Verteidiger Krümmel-München und der neue Rekordmann Grossmann-Herzberg seine gefährlichsten Rivalen sind. Die Zehn-Meisterschaft, die Bedarff bestreitet, ist das von ihm 1919 gewonnene Hindernislaufen, wo ebenfalls seine Aussichten günstig denkbar sind. Das Hürdenlaufen liegt zwischen Kämmerer-Berlin und den drei Münchnern Schmidt, Hoffmann und Leu. In der 4 × 100 Meter-Staffel besitzt der S. C. Charlottenburg mit Dünkler, Krüger, Waffenschmidt und Rau eine unschlagbare Mannschaft. Im Hochsprung haben der Hamburger Schumacher und der Magdeburger Förster gegen den Verteidiger Fritzmann-Berlin erste Chancen. Offen ist der Stabhochsprung, dessen Ausgang zwischen Böninger-Berlin, Schlaffke-Berlin, Grim-München und Fricke-Hannover liegt. Göttingen-München und Hornberger-Kreuznach sollten den Weitsprung unter sich ausmachen. Buchzeister-Münster hat im Diskus- und Speerwerfen in Jungbenn-Kassel Hahn. Junium-Ludwigshafen die beiden Zehnkampfmeister Halt und Holtz-Charlottenburg unter sich ausmachen. Bei den zum ersten Male stattfindenden Damenmeisterschaften kommen im 100 Meter-Laufen, Kugelstoßen und Weitsprung Frl. Kiefling-München und Frl. Fuchsheim-Neukölln, und für die Staffel der Turn- und Sportbereiche München 1860, Frankfurter Turnverein 1860 sowie der Turnverein Eilbeck in Betracht.

— **Rennungsschlüsse.** Die Kölner Rennen am Sonntag, dem 15. August werden in den Flachrennen nur schwache Besetzungen aufweisen. Der Preis vom Rhein, die über 1600 Meter führende Hauptprüfung, bereint noch der letzten Einsatzzahlung nur noch 5 Bewerber, und zwar die beiden Dreijährigen Wallenstein und Laland, sowie Optimist, Skarabäe und Harlekin. Der Preis von Diana, die klassische Prüfung für dreijährige Stuten am 2. September im Grunewald, bereint nach der zweiten Einsatzzahlung von 77 noch 27 Kandidaten. — Im Karlshorster Haupt-Sport-Rennen, der mit 100 000 Mark ausgestatteten Hauptentschädigung des Karlshorster August-Meetings, haben sich bei der zweiten Einsatzzahlung 17 Pferde die Teilnahmeberechtigung gesichert, nämlich Rosenritter, Steinberger, Hanswurst, Wardar, Feldherr II, Mogtor, Ribisel, Ulan II, Corsar, Querleiter, Gesellschaftsche, Der Sogenannte, Fustanella, Finis, Maxmalato, Gebieter und Spreewald. — Die Rennen zu Dresden am 4. und 5. September versprechen ausgezeichneten Sport, denn für 6 Rennen gingen nicht weniger als 264 Unterschriften ein. Der Sachsenpreis von 50 000 Mark erhielt 45 Nennungen, darunter solche von Meinhard, Abschluß, Friedensfürst, Vergleich, Mandelfalke, Bannwart, Alamund, Leichtsinn, Der Mohr, Pallenberg, Turban, Lorbeer, Georgios und Laland.

— **Spears und Seres Radwettmächter.** Nach den Amerikaneuren traten in Antwerpen die Berufsfahrer zum Kampf um die Weltmeisterschaft an. Ueber die kurze Strecke zeigte sich der Australier Spears als der Beste, denn er verwies im Endlauf den Schweizer Kaufmann mit einer Viertellänge auf den zweiten Platz. Der ehemalige englische Amateur-Weltmeister Gailey wurde Dritter. — Die 100 Kilometer-Weltmeisterschaft sah bis zum 91. Kilometer den Belgier Linart an der Spitze, der dann aber einen Schwächeanfall erlitt und den stets dichtauffolgenden Seres-Frankreich passieren lassen mußte, welcher seinem völlig ausgepumpten alten Rivalen dann noch 9 Runden abnahm. Seres beendete die 100 Kilometer in 1 Std. 26 Min. 47,4 Sek. vor Linart, 1:29:56,4. Dritter der Schweizer Suter vor dem Italiener Galetti. Miquel-Frankreich und Aerts-Belgien gaben auf.

— **Amerikanische Schwimmer in Deutschland.** Im Anschluß an die Antwerpener Olympiade wird der Leiter der amerikanischen Schwimm-Mannschaft Otto Wahle mit einigen seiner Pflegebefohlenen dem Magdeburger Hellas einen Besuch abstatten, um die sportlichen Beziehungen mit den deutschen Schwimmern wieder aufzunehmen. Ein weiterer erfreulicher Schritt vorwärts in dem internationalen sportlichen Zusammenschluß.

Hauptschriftleiter: Helmut Bötticher (Berrett).
Verantwortlich für Politik: L. W. Hans Heilling; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heilling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kerfen, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008131-17/fragment/page=0004